

## **Diskussionspapier**

### **Wachstum - wovon leben wir.**

Die Diskussion um gesellschaftliche Wohlfahrt hat sich neu intensiviert. Die auftretenden und parallel verlaufenden Krisen – Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Klimakrise und die Auseinandersetzungen über die Verteilungsgerechtigkeit – zeigen, dass wir an einem Wendepunkt der ökonomischen Entwicklung angelangt sind, bzw. dass wir uns diesem nähern. In einem ersten Schritt haben wir GRÜNEN mit dem Green New Deal den schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft beschrieben: Darin zeigen wir, dass die Entwicklungsschwerpunkte in den Bereichen Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft liegen.

Wir befürworten Veränderungen und Fortschritt, wollen die Entwicklung aber so gestalten, dass sie die ökologische Tragfähigkeit der Erde respektiert und (Über-)Lebenschancen weltweit verbessert werden. Wir halten Wirtschaftswachstum ohne wachsenden Ressourcenverbrauch für möglich. Allerdings erfordert dies, entschlossen umzusteuern, um das Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Darüber hinaus benötigen wir ein neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand. Damit sind wir wachstumskritisch, aber nicht wachstumsfeindlich.

### **Den Wohlstand neu messen**

Derzeit wird die Veränderung des Wohlstands allein mit der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen. Das BIP ist jedoch nur ein Maß für die *wirtschaftliche* Leistung einer Volkswirtschaft und stellt den Gesamtwert aller Güter, Waren und Dienstleistungen dar, die innerhalb einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Zeiteinheit hergestellt werden.

Damit ist das BIP zwar eine wichtige Kenngröße einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. Problematisch ist jedoch, dass im BIP Aspekte wie Gesundheit, Lebenserwartung, Bildung und Umwelt nur dann erfasst werden, wenn deren Entwicklung mit monetären Transaktionen verbunden ist. Doch sind es gerade diese oben genannten Aspekte, die für das *subjektive Empfinden von Lebenszufriedenheit und persönlichem Glück* relevant sind.

Zudem bleibt beim BIP u. a. die so genannte Versorgungsökonomie – zu der unbezahlte, soziale und ehrenamtliche Tätigkeiten ebenso wie die Selbstversorgungswirtschaft gehören – unberücksichtigt. Deren Wert wird vom Wuppertal-Institut höher eingeschätzt als die klassisch bezifferte Ökonomie. Die Versorgungsökonomie ist jedoch Voraussetzung dafür, dass sich die klassische ökonomische Wertschöpfung überhaupt entfalten kann. Diese wenigen Feststellungen machen deutlich, dass das

BIP allein kein geeigneter Maßstab für Wohlstand, für Zufriedenheit, Glück und die Bewahrung der Schöpfung sein kann.

Wir GRÜNEN wollen eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, die den Menschen dient. Um die passenden wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen treffen zu können, brauchen wir ein weiter entwickeltes Wachstumsverständnis. Und um es in einem Bild auszudrücken: Wir hatten bisher einen Maßstab für die Größe eines Diamanten, wir brauchen heute einen Maßstab für seine Reinheit, seinen Glanz und seinen inneren Wert. Vor diesem Hintergrund schlagen wir neben dem BIP die Verwendung weiterer Indizes vor, mit denen bisher nicht erfasste Werte/Wohlstandsgrößen erfasst werden. Folgende Orientierungspunkte sollten in die Entwicklung der Indizes einfließen:

- Der Wert unentgeltlicher sozialer und familienbezogener Tätigkeiten ist ein wesentlicher Teil unserer gesellschaftlichen Wertschöpfung, obwohl sie keine explizite Vergütung erfahren.
- Der Wohlstand einer Gesellschaft ist auch von der Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen und Vermögen abhängig. Ein angemessener Index berücksichtigt dies und arbeitet nicht mit Durchschnittswerten.
- Berücksichtigt werden sollte die Ökobilanz von Konsumgütern, unter Einbeziehung der Nutzungsdauer.
- Wohlstand steigt nicht, wenn Arbeit und Wohnen weit auseinander liegen. Deshalb werden diese Kosten in einem Wohlstandindex nicht berücksichtigt. Auch sind öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen nur dann zu beachten, wenn die Ausgaben wohlfahrtssteigernd wirken.
- Kriminalität senkt den Wohlstand. Die Kosten dafür sollten entsprechend in diesem Index-Mix berücksichtigt werden. Ebenso „destruktive“ Kosten wie Verkehrsunfälle und Kosten für Krankheiten, die aufgrund von Suchtverhalten entstehen.
- Entsprechend ihres Nutzens oder Schadens sind in dem Index-Mix zu berücksichtigen: Insbesondere Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen, Schäden durch Wasserverschmutzung, Schäden im Zuge von Bodenbelastungen, Schäden durch Luftverschmutzung, Schäden durch Lärm, Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung der Fläche von Feuchtgebieten, Schäden durch Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen, Schäden durch CO<sub>2</sub>-Emissionen, Kosten anthropogen (mit-)verursachter Naturkatastrophen, Kosten des Artenschwundes.

### **Politische Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung**

Um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, ist unserer Meinung nach politische Steuerung notwendig. Hierzu ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen denkbar:

- Finanzielle Anreize für erwünschtes Wachstum, das ökologisch tragfähig ist. Diese sollten nach dem Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) degressiv ausgestaltet sein. Das heißt, der Staat zieht sich nach Markteinführung und -stabilisierung aus der Förderung zurück. Dazu gehören auch Steuervergünstigungen für Produkte/Leistungen, für die der Anbieter die Umwelt- und Ressourcenschonung nachweisen kann.

- Unterstützung von Contracting für erwünschte Produkte/Leistungen. Zum Beispiel: Plus-Energie Dörfer (Solarcomplex AG), effiziente Heizungspumpen (Stadtwerke Tübingen), extern gesteuerte BHKWs (Lichtblick und Volkswagen AG)
- Staatliche Projektvorfinanzierung und Rückzahlung über die erzielten Einsparungen. Zum Beispiel: 50/50 Projekte an Schulen.
- Wir wollen mit dynamischen Effizienzstandards (Top-Runner-Ansatz) einen permanenten Verbesserungsprozess in der Wirtschaft auslösen, damit klimaschädliche Produkte schnell vom Markt verschwinden.
- Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Deshalb benötigen wir finanzielle Belastungen für nicht erwünschte Produkte/Leistungen. Dazu gehören beispielsweise der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen bei der Ökosteuer, eine CO<sub>2</sub>-Footprint-Steuer, eine Ressourcenverbrauchs-Steuer etc.
- Flächendeckende Einführung des Emissionshandels. Mit einer vollständigen Versteigerung der Zertifikate.
- Verstärkte Ausrichtung aller Aktivitäten der öffentlichen Hände an Ökologie und Nachhaltigkeit. Der Staat kann über seine Nachfrage einen wesentlichen Teil der Produktion und Dienstleistungen mitgestalten und ist dabei weder von Aktionären noch von Wachstumserwartungen der Kapitalgebenden abhängig.

### **Wachstum, Arbeit und Wohlstand**

Der technologische Fortschritt hat es ermöglicht, dass wir in vielen Bereichen mit viel weniger Arbeitskräften sehr viel mehr produzieren können. Dennoch sind Zugänge zu Erwerbsarbeit unverzichtbar, denn Erwerbsarbeit bleibt ein wichtiger Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und die Einbindung in soziale Zusammenhänge. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit isoliert die Menschen und belastet Familien und Partnerschaften. Zudem liegt die Arbeitskraft der Arbeitslosen brach. Das bedeutet, dass neben den Kosten für die notwendige staatliche Unterstützung der Arbeitslosen zusätzliche Einbußen entstehen, da die Volkswirtschaft das Leistungspotential der Arbeitslosen nicht nutzen kann. Wir wollen deshalb die aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verändern. Sie darf nicht einengen, sondern muss Spielräume für individuelle Förderung ermöglichen. Die aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss zu den Erwerbslosen passen – nicht umgekehrt.

Wir erleben im derzeit gängigen Politik- und Wirtschaftsparadigma, dass Produktivitätssteigerungen – beispielsweise die Verlagerung von Erwerbstätigkeit hin zur automatisierten Produktion – die Forderung nach weiterem BIP-Wachstum nach sich zieht, um somit die Zunahme von Arbeitslosigkeit und in deren Folge die Einnahmehausfälle des Staates und der privaten Haushalte kompensieren zu können. Hört man die Botschaften vieler politisch Verantwortlichen, scheint dies der einzige Weg zur Lösung unserer Probleme zu sein. Wir bestreiten mit Entschiedenheit, dass dieser „Wachstumswang“ einem Naturgesetz gleichzustellen ist.

Wir plädieren für ein Bündel von Maßnahmen, die neben umweltverträglichem Wachstum auf eine zunehmende Entkopplung der Staatseinnahmen und der Einkommen der privaten Haushalte von Arbeitsplätzen sowie auf eine Stärkung der Versorgungsökonomie setzen. Die Botschaft zu den not-

wendigen Veränderungen muss ein Gleichgewicht an Flexibilität und Anpassung sowie Verlässlichkeit und Sicherheit enthalten. Erste wirtschafts- und finanzpolitische Antworten haben wir GRÜNEN mit dem Green New Deal als Ausgangspunkt für ökologisches Wirtschaften beschrieben. Damit erreichen wir mehr wirtschaftliche Stabilität, lösen neue Investivkräfte aus, geben Menschen die Möglichkeit sich zu engagieren und stellen die Weichen für den ökologischen Umbau. Grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik fördert ökonomischen Fortschritt - im Sinne von mehr Zugangsgerechtigkeit, mehr Demokratie, ökologisch orientiertem Wirtschaften. Sie dient besonders der wirtschaftlichen Belebung.

- Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und schnell wieder auf einen Pfad zu gelangen, auf dem die Wirtschaft neu Fuß fasst und die Menschen neues Vertrauen gewinnen. Motivationssteigernd und Arbeitszufriedenheitfördernd sind Arbeitsplätze, bei denen sich die individuellen Fähigkeiten und Kenntnissen des Einzelnen entfalten können. Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten: Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament.
- Um die Folgen des Klimawandels in beherrschbaren Grenzen zu halten, brauchen wir jährliche globale Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Anpassung an die klimatischen Veränderungen. Diese Investitionsoffensive muss international koordiniert werden und auch darauf abzielen, dass Menschen ihre Arbeitskraft entsprechend ihrer Ressourcen einbringen können.
- Die Finanzkrise, die Klima- und Energiekrise und die soziale Herausforderung im eigenen Land können durch einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis überwunden werden, hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft: Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft.

Dazu gehört auch der Abbau von unnötiger Bürokratie und intransparenten Verwaltungsvorschriften. Wir brauchen in diesem Kontext eine kompetente Arbeitsvermittlung, die sich an Kriterien wie Motivation, Kenntnisse, Fähigkeiten der Arbeitssuchenden orientiert. Ergänzend ist zu prüfen, wie die Erwerbsarbeitszeit auf mehr Menschen verteilt werden kann. Eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitszeit bringt sowohl für die Arbeitenden als auch bisher Arbeitslosen mehr Lebensqualität.

### **Regulierung der Finanzwirtschaft und Abbau der Staatsverschuldung**

Die Finanzmärkte müssen durch eine konsequente Regulierung auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Finanzierung der Realwirtschaft, zurückgeführt werden.

Dafür benötigen wir grundlegende Strukturveränderungen im Finanzsystem. Das betrifft die Regeln für Finanzakteure und Finanzprodukte, die staatliche Finanzaufsicht und die Rating-Agenturen, den öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor, den Verbraucherschutz auf den Finanzmärkten und die Regeln für Managervergütung und -haftung. Wir brauchen eine unabhängige und europäische Aufsicht über Rating-Agenturen, die bei Regelverstößen auch mit Strafen arbeitet. Die Marktmacht der drei großen Rating-Agenturen muß gebrochen werden, etwa durch den Aufbau einer eigenen europäischen Rating-Agentur. Dies schließt eine neue Weltfinanzarchitektur ein und eine europäische Wirtschaftsregierung sowie die Diskussion über künftige Wechselkurspolitik, die Austrocknung von Steueroasen und die Einführung differenzierter Finanzmarktsteuern.

Eine wichtige Rolle soll hierbei neben dem Verbot bzw. der starken Einschränkung von Hedgefonds, bestimmter Finanztransaktionen wie Leerverkäufen sowie spezieller Arten von Kreditversicherungen und Termingeschäften ohne realwirtschaftlichen Hintergrund auch eine politische Steuerung durch starke finanzielle Belastung unerwünschter Finanztransaktionen spielen.

Wir verbinden so die Regulierung der Finanzmärkte mit dem Erschließen neuer Quellen für die Staatseinnahmen:

- Zur Erhöhung der Staatseinnahmen und zur Regulierung der Finanzmärkte fordern wir die Einführung der zur Finanztransaktionssteuer weiterentwickelten Tobin-Steuer. Mit dieser werden sowohl inländische, als auch länderüberschreitende Finanztransaktionen mit dem Ziel einer Einschränkung globaler Spekulation besteuert.
- GRÜNE Politik will Kapitaleinkommen genauso zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen wie Lohnneinkommen und gleichermaßen der progressiv gestalteten Lohn- und Einkommenssteuer unterwerfen. Ein effektives Vorgehen gegen Steueroasen ist dafür die Voraussetzung. Die Abgeltungssteuer in der aktuellen Form ist unsozial.
- GRÜNE Politik setzt dem Trend zur Vermögenskonzentration eine konsequente Besteuerung von Vermögen entgegen.
- Es besteht Diskussionsbedarf über die Ausgestaltung und Einführung einer Mehrgeldsteuer.

Durch die genannten Maßnahmen erhält der Staat erhebliche Einnahmen aus dem Finanzsektor und die Finanzwirtschaft kann „an die Leine“ genommen werden. Insgesamt verringert sich die Abhängigkeit der Staatseinnahmen von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig kann der Abbau der viel zu hohen Staatverschuldung beschleunigt werden. Die genannten Maßnahmen könnten so gewissermaßen unter einem Staatsschuldenabbaubeschleunigungsgesetz zusammengefasst werden. Um Kapitalflucht zu verhindern, sind europäische bzw. globale Kooperationen und Regelungen anzustreben.

### **Neue Organisationsformen für Unternehmen - Primat der Realwirtschaft und Regionalisierung**

Neben der sinnvollen Beschreibung von Wohlstand durch verschiedene Indizes und durch das Aufzeigen neuer Arbeitsfelder, wie im Green New Deal geschehen, ist es zweckmäßig, über neue Organisationsformen von Unternehmen nachzudenken.

Es ist zielführend, wenn sich für Produktionsaufgaben und Dienstleistungen Bürgerunternehmen (z.B. Genossenschaften) gründen. Bei diesen Unternehmensformen geht es für die Anlegerinnen und Anleger nicht hauptsächlich um Rendite, sondern um jene geldwerten Kriterien, die so schlecht in konkreten Zahlen ausdrückbar sind, wie: Faire Löhne, Erhalt der Landschaft, gute zwischenmenschliche Atmosphäre, regionale Wertschöpfung. Nebenbei wird noch das Problem Höfesterben, Erbnachfolge und niedrig-rentable Geschäftsidee ohne Kapital bearbeitet. Die Förderung und Entwicklung solcher partizipativer Unternehmensformen schafft die Möglichkeit, dass sich Bürgerinnen und Bürger persönlich mit den Produkten und Dienstleistungen identifizieren und der Einsatz sowie das Engagement für die Sache steigen. Durch einen unmittelbaren Bezug des Einzelnen zu seiner Tätigkeit wird die Motivation und direkte Anerkennung der geleisteten Arbeit deutlich gesteigert. Durch diese direkte Beteiligung erhält das Prinzip Solidarität einen höheren Stellenwert, denn die Beteiligten orientieren

sich direkt an den Bedürfnissen des jeweils anderen. Solche Unternehmensformen können dazu führen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gute Zugänge zu vielen Leistungen erhalten. Insgesamt erhöht sich die demokratische Kontrolle der Nutzerinnen und Nutzer.

Vor diesem Hintergrund lohnt sich die Forderung, sukzessive auf erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie umzusteigen und die Energieeffizienz deutlich zu steigern: Es schützt das Klima, schafft Jobs, stärkt die regionale Wirtschaft und nützt Handwerk und Mittelstand. Auch fordern wir seit Jahren eine Förderung der einheimischen Landwirtschaft im Sinne einer Stärkung der regionalen Kreisläufe.

### **Die Menschen mitnehmen**

Die Ausführungen machen deutlich, dass der vor uns liegende Wandel hin zu einer ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Gesellschaft mit langfristigen Veränderungsprozessen verbunden ist. Damit die formulierten Ziele für ein „nachhaltiges Wachstum“ politisch erreichbar werden, sind die Menschen mit auf den Weg zu nehmen. Dies kann dann gelingen, wenn wir es schaffen, die zunehmenden Zukunftsängste der Menschen deutlich zu verringern, und wenn wir für folgende Schlüsselfragen Antworten finden:

- Wie müssen Gesellschaften und deren Sozial- und Wirtschaftssysteme aufgestellt sein, damit eine ökologisch und sozial wünschenswerte Entwicklung sowie eine stimmige ökonomische Dynamik gefördert werden?
- Wie gelingt es, dass Menschen ihre Arbeitskraft entsprechend ihrer Ressourcen einbringen können und dabei mindestens ein Einkommen haben, das sich an den sozio-kulturellen Mindeststandards orientiert?
- Wie gelingt es, dass der Staat ausreichend Finanzmittel zur Verfügung hat, um Ungleichverteilung abzumildern und öffentliche Leistungen wie Daseinsvorsorge, Bildung, innere Sicherheit etc. zu erbringen?

Hinsichtlich der Fragestellung nach sozialer Sicherheit und der Verringerung von Zukunftsängsten lassen sich neben den bereits genannten Maßnahmen auch in den Beschlüssen „Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit!“ (Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Nürnberg) und „Armut bekämpfen, Bildung verbessern, Chancen eröffnen. Der Weg zu einem grünen Grundeinkommen – eine solidarische und freiheitliche Zukunft gestalten“ (Landesdelegiertenkonferenz 12.-14. Oktober 2007) weitere Antworten finden.

- Die Angst vor dem sozialen Abstieg reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Dies gilt noch verstärkt in Gegenden mit dauerhaft hoher Erwerbslosigkeit. Die Wohlstands- und Aufstiegsversprechen vergangener Jahrzehnte sind leer geworden. Wir haben nicht nur eine Umwelt-, Wirtschaft- und Finanzkrise. Es droht auch eine Sinnkrise. Ausdruck ist die dauerhafte Spaltung in Gewinner und Verlierer: Die Spaltung zwischen jenen, die „produktiv“ sind und einer Erwerbsarbeit nachgehen und somit dazu gehören und jenen, die sich überflüssig und von der Gesellschaft nicht gebraucht fühlen. Diese Spaltung schafft eine neue Gerechtigkeitslücke. Unsere sozialen Sicherungssysteme orientieren sich deshalb an dem erweiterten Begriff von Gerechtigkeit, der Verteilungsgerechtigkeit mit Teilhabegerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit verbindet.

- Die Gesellschaft darf – auch in Veränderungsprozessen – niemanden aufs Abstellgleis schieben. Soziale Absicherung muss so organisiert sein, dass sie die Voraussetzung einer selbstbestimmten Lebensführung unterstützt und nicht behindert. Dabei sind vor allem die Schwächsten der Gesellschaft im Blick. Denn wie gerecht und lebenswert eine Gesellschaft wirklich ist, zeigt sich auch daran, wie sie mit jenen umgeht, die nicht Teil der „Mehrheitsgesellschaft“ sind.
- Die vor uns liegenden Herausforderungen können nur dann bewältigt werden, wenn auf sich verändernde sozialen Bedingungen nicht mit Abbau des Sozialstaates reagiert wird, sondern mit einer Erneuerung der mehr denn je notwendigen Schutz- und Hilfesysteme zur Gewährleistung und Stärkung gesellschaftlicher Gerechtigkeit und Teilhabe. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit erfahren, die sie benötigen, um sich auf die anstehenden Veränderungen einzulassen.
- Der Wandel wird dadurch befördert, dass eine neue Balance aus ökonomischen Anreizen und der Möglichkeit entsteht, in einer von sozialen und erwerbsbiografischen Umbrüchen geprägten Welt die persönliche Individualität zu behaupten, ohne durch die Herkunft ökonomisch privilegiert zu sein.
- Menschen können durch die Sicherheit einer verlässlichen Grundsicherung nicht mehr um ihrer bloßen Existenzsicherung willen gezwungen sein, ein nachhaltig schädliches Wachstum zu stützen. Sie haben in einer Phase des notwendigen und beschleunigten Wandels eine Grundsicherheit und die Möglichkeit, ohne existenzielle Risiken Neues auszuprobieren und zu entwickeln. Existenzgründungen, eine „rationale Risikobereitschaft“ und solidarische Lebensmodelle werden begünstigt. Ziel muss es sein, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in den Wandel einbringen können. Eine verlässliche Grundsicherung stärkt die „Krisenfestigkeit“ und die Fähigkeit einer Gesellschaft, auch schwierige Umbrüche konstruktiv zu bewältigen (Stichwort „Resilienz“). Eine abgesicherte, von vielen Menschen gelebte Work-Life-Balance wird gesellschaftlich ausstrahlen. Dieser Lebensstil ist nach unserer Überzeugung eine Voraussetzung für einen achtsamen Umgang mit Mensch und Natur.
- Neben einer allgemeinen Existenzsicherung muss sich der soziale Rechtsstaat dadurch auszeichnen, dass er für sozial benachteiligte Menschen, Menschen in Notlagen und mit Behinderungen individuelle Leistungs- und Teilhaberechte definiert und auch in der Praxis garantiert – durch transparentes und demokratisch kontrolliertes Verwaltungshandeln (d. h. transparente Gestaltung verwaltungstechnischer Entscheidungen) sowie ein Verbandsklagerecht für anerkannte Sozialverbände.
- Ein solchermaßen verlässlicher sozialer Rechtsstaat stärkt das Vertrauen in die Demokratie und ihr Potenzial, solidarische und transparente Regulierungen zu bewirken. Und je größer das Vertrauen in die Demokratie und den sozialen Rechtsstaat ist und je mehr Menschen sich daran aktiv beteiligen (können), desto stärker ist auch die Überzeugungskraft einer von grünen Ideen geprägten solidarischen Moderne.

Wir gehen davon aus, dass Wachstum bzw. Fortschritt in die gewünschte Richtung bzw. Abbau von nicht erwünschten Produkten/Leistungen sich nur dann umsetzen lässt, wenn es gelingt die Bürgerinnen und Bürger mit „ins Boot“ zu holen. Dafür brauchen wir die Instrumente des hier beschriebe-

nen und erweiterten Green New Deal ebenso wie eine sozial- und marktwirtschaftlich überzeugende Botschaft.

Der von uns vorgeschlagene Weg lohnt sich, denn dann kann Baden-Württemberg zukünftig die richtigen Schritte gehen...

*Erarbeitet von Dirk Werhahn, Annerose Wolf, Winfried Böhler, Hartmut Wauer, Edgar Schwarz, Thomas Poreski, Kailash Weinreich*

*Beschlossen von der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, Finanzen und Soziales BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, 19. Juni 2010, Stuttgart*